

## Bayern (CSU und FDP 2008-2013)

Wir bekennen uns nachdrücklich zum europäischen Einigungsprozess als Garant für Frieden, Freiheit, politische Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in Deutschland und Europa. Der EU-Reformvertrag von Lissabon enthält zahlreiche Neuerungen, mit denen die EU demokratischer, handlungsfähiger, bürgernäher und transparenter wird. Die EU wird damit besser in die Lage versetzt, die großen aktuellen Herausforderungen wie Globalisierung, Bekämpfung des internationalen Terrorismus und schwerer grenzüberschreitender Kriminalität, Energieversorgungssicherheit und Klimaschutz effektiv anzugehen. Nach den institutionellen Reformen kommt es nun darauf an, Europa nicht nur in den Köpfen, sondern auch in den Herzen der Menschen zu verankern. Es wird also entscheidend sein, die Elemente des Vertrags, die die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten verbessern, mit Leben zu erfüllen. Nicht jede Aufgabe in Europa ist auch eine Aufgabe für Europa. Wir setzen uns für ein bürgernah gestaltetes Europa ein, für mehr Subsidiarität und den Erhalt eigenständiger Kompetenzen der Mitgliedstaaten und Regionen.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

1. Wir unterstützen den EU-Reformvertrag von Lissabon als Fortschritt für Europa und unterstützen die Bemühungen, nach dem ablehnenden Votum beim irischen Referendum am 12. Juni 2008 gemeinsam mit Irland eine Lösung zur Ermöglichung des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon zu finden. EU-Kompetenzen müssen strikt beachtet und das Subsidiaritätsprinzip durchgesetzt werden. Wir fordern den Bund auf, das Subsidiaritätsfrühwarnsystem unabhängig vom Inkrafttreten des Reformvertrags bereits jetzt anzuwenden.
2. Wir setzen uns für eine stärkere Verwendung des Deutschen als Arbeitssprache der Europäischen Institutionen ein. Ebenso treten wir für einen dem Gewicht Deutschlands angemessenen Anteil deutschen Personals in den europäischen Institutionen ein.
3. Wir unterstützen die Initiative für eine bessere Rechtsetzung auf EU-Ebene. Für neue EU-Vorhaben fordern wir eine bessere Folgenabschätzung. Wir verfolgen eine 1:1-Umsetzung von EU-Richtlinien in deutsches Recht ohne darüber hinaus gehende Regulierungen. Wir treten dafür ein, die Entbürokratisierung konsequent und zügig weiter voranzutreiben. Dabei muss man sich auf spürbare Entlastungen vor allem für die kleineren und mittleren Unternehmen konzentrieren. Wir setzen uns bei neuen EU-Vorhaben dafür ein, dass den Betroffenen keine neuen unnötigen Belastungen aufgebürdet werden. Dazu gehört z.B. auch der Einsatz gegen die geplante Bodenschutz-Richtlinie und die Verschärfung europäischer Vorgaben zur Antidiskriminierung. Der bisherige rechtliche Rahmen bietet ausreichend Handhabe, ungerechtfertigte Diskriminierungen zu unterbinden.
4. Wir verlangen, dass sich die EU im Rahmen des Welthandels zur Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen für die Einhaltung von sozialpolitischen Mindeststandards einsetzt.
5. Wir befürworten die Bestrebungen der EU, durch einen verbesserten Schutz geistigen Eigentums insbesondere durch die Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie aus Drittstaaten für fairen Welthandel zu sorgen.
6. Wir fordern, dass der EU-Haushalt im Rahmen der laufenden Reform sparsamer und transparenter wird; die Beitragslasten müssen gerechter verteilt werden, um den Herausforderungen der Zukunft ausreichend Rechnung zu tragen. Vor allem Deutschland sollte netto weniger belastet werden. Wir fordern aber auch, dass die Höhe der bisherigen Fördermittel für Bayern erhalten bleibt. Die EU soll sich auch bei der Finanzierung auf ihre Kernaufgaben beschränken. Eine eigene EU-Steuer lehnen wir ab.
7. Wir wollen den Ausbau unserer internationalen Aktivitäten und die Pflege der Beziehungen zu unseren ost- und südosteuropäischen Nachbarn intensivieren, um den Anforderungen der Globalisierung und der fortschreitenden Internationalisierung gerecht zu werden. Wir pflegen unser Netzwerk leistungsstarker Partnerregionen in Europa, in Nord- und Südamerika, in Asien und Afrika. Als wirtschaftlich hochentwickelte Region mit gewachsener Identität nimmt Bayern den internationalen Wettbewerb der Regionen innerhalb der Europäischen Union und der Welt positiv und offen an.